

Corona-Impfstoff: Das Wundermittel gegen die Krise?

Von Marcel Möbius

Auch

wenn inzwischen wieder härtere Lockdown-Maßnahmen verhängt wurden, lassen die internationalen Infektionszahlen leider wenig Raum für Hoffnung auf ein Ende der Corona-Pandemie. Die USA, Brasilien und Indien sind weiterhin Spitzenreiter der Neuinfektionen und Großbritannien kämpft mit einer Mutation des ursprünglichen SARS-Virus, die weitaus ansteckender sein soll als bisher. Insgesamt haben sich weltweit bisher rund 70 Millionen Menschen infiziert, wovon rund 1 Millionen an den Folgen starben. Die Folge dessen ist eine enorme Belastung für die Arbeiter_Innen im Care-Sektor.

In

Deutschland sind die Infektionszahlen damit wieder auf einem Höchststand, wie zuletzt im Mai diesen Jahres. Die zweite Welle ist also voll angekommen und sie ist härter als die erste.

Konkurrenz statt Kooperation:

Was den Impfstoff angeht: Während die Suche danach lief, gab es kaum internationale Zusammenarbeit. Durch den Konkurrenzdruck versuchte jedes Land, als erstes einen Impfstoff zu entwickeln, um diesen dann möglichst profitbringend an andere verkaufen zu können. Mittlerweile hat sich der Impfstoff des deutschen Unternehmens Biontech in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Partner Pfizer als wahrscheinlichster Kandidat für die Zulassung in Deutschland herausgestellt.

Gegen SARS-CoV-2, das erst seit etwa Neujahr 2020 bekannt ist, sind binnen kurzer Zeit laut der

Weltgesundheitsorganisation WHO **mindestens**

214 (Aufstellung vom 08.12.2020)

Impfstoffprojekte weltweit angelaufen. In der Liste der Unternehmen finden sich vorrangig Pharmakonzerne aus imperialistischen Staaten, da es natürlich gewisse Grundbedingungen braucht, um ein solches Projekt angehen zu können: Zum einen benötigt man große Mengen an Kapital, um diese Forschung zu finanzieren. Zum anderen benötigt man eine entsprechend gut ausgebaute Bildungs- und Infrastruktur, um dieses Projekt effektiv angehen zu können, wozu man eben entsprechend gut ausgebildetes Personal benötigt. Und natürlich forschen die Pharmakonzerne nicht aus gutem Willen am Impfstoff: Zum einen gibt es das ökonomische Interesse bürgerlicher PolitikerInnen, die Wirtschaft nicht länger einschränken zu müssen, sodass diese möglichst bald wieder ihre Produktion uneingeschränkt aufnehmen kann. Zum anderen wollen die Unternehmen selbst, die die Forschung vorantreiben, den Impfstoff möglichst gewinnbringend verkaufen.

Zum Impfstoff selbst:

Bei dieser Corona-Variante erweisen sich vor allem die RNA-Impfstoffe als effektiv. Der Impfstoffkandidat von Biontech ist ein RNA-Impfstoff und verspricht eine Wirksamkeit von 95%, nachdem er zwei Mal verabreicht wurde. Diese RNA-Impfstoffe gehören zu den ersten ihrer Art, sodass es nicht sicher abzusehen ist, was sie für Langzeitnebenwirkungen haben könnten, auch wenn deren Wirkweise (mRNA) schon lange bekannt ist:

Diese Impfstoffe enthalten Teile der Erbinformation des Virus in Form von RNA, die den Bauplan für ein oder mehrere Virusproteine bereitstellen. Nach der Impfung wird die RNA von einigen wenigen menschlichen Körperzellen aufgenommen. Die Körperzellen nutzen die RNA als Vorlage, um die Virusproteine selbst zu produzieren. Da aber nur ein Bestandteil des Virus gebildet wird, ist ausgeschlossen, dass auf diesem Weg komplette vermehrungsfähige Viren entstehen können. Die neu gebildeten, ungefährlichen

Virusproteine werden als Antigene bezeichnet, denn sie aktivieren das Immunsystem und erzeugen so die schützende Immunantwort.

Der Impfstoff schützt uns nicht vor kapitalistischer Ungleichverteilung:

Zwar darf man sich natürlich nicht durch Verschwörungstheorien um Bill Gates, implantierte Chips oder Ähnliches blenden lassen. Die Wirkungen der Impfstoffe werden gut erforscht und ihre kurzfristigen Nebenwirkungen damit einhergehend auch. Da die Wirtschaft allerdings nicht zu sehr gehemmt werden darf, können keine Langzeitfolgen erforscht werden. Dies bedeutet ein Risiko auf weitere langfristige Nebenwirkungen für die Bevölkerung, das durch die Profitinteressen verschuldet wird. International betrachtet zeigt sich dies noch deutlicher, da beispielsweise in Russland im November bereits mit den Impfungen begonnen wurde. Bis Jahresende 2020 sollen hier 400.000 Militärangehörige gegen das Virus geimpft sein.

Dies führt direkt zur nächsten Diskrepanz im Zusammenhang mit dem Impfstoff, da nicht überall zuerst gefährdete Menschen geimpft werden sollen, sondern auch Polizist_Innen und Angehörige des Militärs. Hier sieht man, wo die Prioritäten bürgerlicher Politik liegen. Beispielsweise hat die bayerische Landesregierung am 10. Dezember geäußert, zuerst Polizist_Innen impfen zu wollen, wenn ab dem 03. Januar womöglich der Impfstoff zur Verfügung steht. Der Aussage schlossen sich neben Bundesinnenminister Horst Seehofer auch die Innenminister der Landesregierungen von Hamburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen an. Die Gesundheit von Polizist_Innen ist für sie einzig und allein so wichtig, um auch in Pandemiezeiten das Recht auf Profit und Eigentum weiter durchsetzen zu können.

Noch stärker stellt sich die Ungleichverteilung des Impfstoffes international heraus. Dies manifestierte sich beim jüngsten,

digitalen G20-Treffen. Dort haben sich fast alle imperialistischen Zentren gegen einen Antrag von Südafrika und Indien gestellt, der durch China unterstützt wurde. Dieser Antrag widerspricht dem bis heute gültige TRIPS-Abkommen, welches seit 1995 international das Patent- und Eigentumsrecht bezüglich Medikamenten und Impfstoffen garantiert, um die Profite der Pharmakonzerne durch den Verkauf oder dem Gewähren von Produktionsrechten zu garantieren. Südafrika und China hatten hierfür im Falle von COVID-19-Produkten eine Ausnahmeregelung beantragt, die allerdings von den anderen G20-Mitgliedsstaaten abgelehnt wurde.

Daneben, dass sich China gerne mal als Anwalt der kleiner Länder darstellen will, begründet sich dies dadurch, dass China bereits einen Impfstoff besitzt und diesen billig und massenhaft auf dem Weltmarkt verkaufen wollte, um selbst die größten Profite zu erlangen und die anderen Staaten niederzukurrieren. Die anderen Mitgliedsstaaten der G20 wollen vor allem zu einem hohen Preis sowie die Patentrechte verkaufen und haben dies durch eine Öffnung der Patente bedroht gesehen. Da eine Aussetzung abgelehnt wurde, werden sich halbkoloniale Staaten den Impfstoff nicht leisten können, um ihre Bevölkerung damit zu versorgen. In Staaten ohne gesetzliche Krankenversicherung, wie den USA, wird dies auch für große Teile der Arbeiter_Innenklasse bedeuten, dass sie keinen Zugang zum Impfstoff haben werden. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass sich imperialistische Länder wie die USA oder Kanada laut Informationen der OECD bis zu 7,5 Mal mehr Impfstoff gesichert haben, als sie Einwohner haben. Dadurch wird eine Bekämpfung des Virus' verhindert, da er sich in vielen Ländern weiter verbreitet, mutiert und damit weltweit gefährlich bleibt.

Hieran zeigt sich, dass alleine durch die Entwicklung eines Impfstoffs die Widersprüche des Kapitalismus und die damit verbundene Krise nicht gelöst werden können und dass das Problem stets das Privateigentum an den Produktionsmitteln bleibt. Dieses

muss gebrochen werden, um die Versorgung der Arbeiter_Innenklasse mit Medikamenten und Impfstoffen weltweit gewährleisten zu können. Es braucht die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung weltweit. Hier kann eine Produktion aufgebaut werden, die sich an den Bedürfnissen der Patient_Innen orientiert. Räte aus Ärzt_Innen, Pfleger_Innen und Patient_Innen sollten die Verteilung und Koordinierung dessen übernehmen. Die Impfstoffforschung sollte nicht an mehreren Orten parallel ablaufen, sondern durch die Räte international koordiniert werden, um eine effektivere Forschung gewährleisten zu können. Die Forschung wäre in einer sozialistischen Gesellschaft nicht durch die Fortsetzung der Produktion unter Profitzwang abgekürzt, sondern würde Langzeitfolgen abschätzen um die gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung zu minimieren.

Hierzu fordern wir:

- Krankenversicherungen für alle international – jeder muss Zugang zu Medikamenten, Masken, Behandlungen und Impfstoffen erhalten!
 - Für die Aufhebung von Patentrechten auf Medikamente und Impfstoffe zur Versorgung der Weltbevölkerung ohne Rücksicht auf Profitinteressen!
 - Für die entschädigungslose Enteignung und Vergesellschaftung der Pharmaindustrie unter internationaler Arbeiter_Innenkontrolle!
 - Für die internationale Koordinierung der Impfstoffforschung durch ein Antikrisenkomitee aus Arbeiter_Innen (insbesondere aus dem Care-Sektor), Forscher_Innen und Patient_Innen!
-

Warum der nächste Lockdown das Corona-Problem an unseren Schulen nicht löst und was wir dagegen tun können

Der neue Lockdown kam plötzlich. Von heute auf morgen sitzen wir wieder auf einem Stapel von Online-Aufgaben und fragen uns, wer das eigentlich alles schaffen soll. Noch kurz vor dem Lockdown haben die Landesregierungen und allen voran die Kultusministerkonferenz (=Absprachegremium der Länder für Bildungs- und Erziehungsfragen) immer wieder behauptet, dass die Schulen sicher seien. Infektionen fänden dort überhaupt nicht statt, sondern würden allein von außen in die Schulen hineingetragen. Doch die Infektions- und Quarantänezahlen sprechen eine andere Sprache: So waren kurz vor dem Lockdown über 3.000 Lehrkräfte und mehr als 20.000 Schüler_Innen in Deutschland infiziert. Am 17.12. ist ein Berliner Lehrer an den Folgen einer Corona-Infektion auf tragische Weise verstorben. Über 11.600 Lehrer_Innen und 200.000 Schüler_Innen sitzen in Quarantäne, über 200 Schulen wurden komplett geschlossen. Doch anstatt Geld in die Hand zu nehmen, um Luftfilteranlagen, Masken, mehr Personal und mehr Räume zur Verfügung zu stellen, wurde das Geld in die Privatwirtschaft gepumpt und die Infektionszahlen in unseren Schulen systematisch relativiert (mitunter auch durch sehr fragwürdige Studien). Außerdem wurde das Problem versucht „wegzudefinieren“; indem die Inzidenzzahl, ab derer eine Schule als Corona-Hotspot mit dementsprechenden Notfallmaßnahmen gelten würde, einfach von 50 auf 200 hochgeschraubt wurde.

Alte Probleme- drastische Konsequenzen

Robert-Koch-Institut
und Leopoldina sind sich dagegen einig, dass „Schülerinnen

und Schüler ein wesentlicher Teil des Infektionsgeschehens“ sind. Doch warum sind wir eigentlich so stark betroffen? Das liegt zum einen daran, dass unser Kontaktkreis durch die ohnehin zu großen Klassen sehr groß ist. Der chronische Raummangel an unseren Schulen ist nicht erst seit Corona ein Problem, und so müssen sich viele Schüler_innen in wenig Räume quetschen, sodass die Einhaltung des Mindestabstands kaum möglich ist. Diese Probleme waren bereits während der ersten Welle im Frühjahr 2020 bekannt, doch die Politik hat über den Sommer verschlafen, etwas dagegen zu tun. Momentan sieht es danach aus, als ob der sommerliche Tiefschlaf fließend in den Winterschlaf übergeht. Im Interesse der Wirtschaft, die auf jeden Fall verhindern möchte, dass die Arbeiter_Innen zu Hause bleiben müssen, um sich um ihre Kinder zu kümmern, wollten sie die Schulen um jeden Preis offen halten. Die Strategie war, sich dabei irgendwie durchzuwurschteln und zu hoffen, dass ein Impfstoff alle Probleme bis zum 10.01.21 lösen wird.

Es ist bereits absehbar, dass die Zahlen bis zum 10.01.21 nicht zurückgehen werden. Aber wie soll es weitergehen? Wann, und vor allem unter welchen Bedingungen, werden die Schulen wieder geöffnet? Wenn wir nicht weiterhin zulassen wollen, dass auf der Gesundheit von uns, von unseren Lehrer_Innen, von unseren Eltern, Freund_Innen und Angehörigen im Interesse der Wirtschaft herumgetrampelt wird, müssen wir anfangen, zu kämpfen! Wir müssen sichtbar werden, eine Stimme bekommen und laut sein.

Was wir fordern:

Es kann nicht sein, dass wir mit Online-Aufgaben zugespamt werden, während die meisten von uns nicht einmal einen eigenen Laptop haben. Einige haben nicht einmal eine gute Internetverbindung. **Wir fordern kostenlose digitale Endgeräte und einen kostenlosen Internetzugang für alle!**

Auch nicht jede_r

von uns hat ein eigenes Zimmer und zu Hause die nötige Ruhe zum Lernen. Während einige von uns Eltern haben, die selbst studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut bei den Aufgaben unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen. Das ist ungerecht! Deshalb **fordern wir die Aussetzung der Noten und verpflichtenden Prüfungen solange kein zufriedenstellender Lehrbetrieb gewährleistet werden kann! Niemand soll benachteiligt werden, denn unsere Gesundheit ist wichtiger als eure Verwertungslogik!**

Wer kein

„Happy-Family-Life“ hat, für den ist das zu Hause eingesperrt Sein der blanke Horror. Im Lockdown sind wir der völligen Kontrolle und manchmal auch Gewalt unserer Eltern ausgesetzt und können dieser nicht durch die Schule oder Freund_Innen entkommen. **Wir fordern deshalb das Recht auf elternunabhängige Notbetreuung! Wer nicht zu Hause lernen kann oder sein will, soll selber entscheiden können, ob er oder sie in der Schule von pädagogischen Fachkräften betreut werden möchte. Dabei müssen die Hygienestandards ausgeweitet werden.**

Für viele Elternteile ist es auch gar nicht möglich zu Hause zu bleiben, da sie um ihren Job fürchten müssen. Deshalb fordern wir, dass die Wirtschaft bis auf die systemrelevanten Sektoren heruntergefahren wird. Wir finden außerdem, dass statt einem kleinen Kurzarbeitergeld seitens des Staats, lieber die Konzerne 100% des ursprünglichen Lohns fortzahlen sollten und auch alle, die ihren Job bereits verloren haben, vollen Gehaltsausgleich erhalten. Viele konnten sich nicht nur keine Weihnachtsgeschenke leisten, sondern haben schon Probleme beim Geld für den Schnelltest oder bei der Miete. Wir fordern deshalb, dass die öffentliche Versorgung (also nicht nur Wohnraum, sondern auch Gesundheit, Strom, Wasser und Heizung) nicht

privatwirtschaftlich organisiert wird, sondern in die Hand des Staates kommt und von den Produzent_Innen und Konsument_Innen demokratisch kontrolliert wird.

Let's strike again!

Lasst uns nicht weiter tatenlos zusehen! Lasst uns gemeinsam laut sein und kämpfen! Jede_r von uns kann an seiner_ihrer Schule beginnen, mit Mitschüler_Innen über die Probleme quatschen und lokale Aktionen organisieren. So wie es bereits Schüler_Innen in verschiedenen Bundesländern gemacht haben, die beispielsweise aus Protest gegen die unzureichenden Hygienebedingungen kollektiv verweigert haben, den Klassenraum zu betreten. Die Probleme in unseren Schulen sind jedoch ähnlich und sie sind flächendeckend. Neben lokalen Aktionen müssen wir uns deshalb auch bundesweit zusammenschließen und einen gemeinsamen Aktionstag oder sogar einen Schulstreik im neuen Jahr organisieren! Dafür sollten wir ein Online-Treffen oder eine Telefonkonferenz einberufen sowie auch linke FFF-Ortsgruppen und größere linke Jugendorganisationen wie die Linksjugend ['solid], die SDAJ, die Jusos oder Young Struggle auffordern, sich daran zu beteiligen. So können wir uns wirklich eine Stimme verschaffen und Druck auf die Politik ausüben, unsere Forderungen zu erfüllen. Mit Fridays for Future haben wir bereits bewiesen, dass wir das können!

Ihr findet die Forderungen richtig und wollt etwas bei euch lokal organisieren und/oder euch bei der Orga für einen bundesweiten Streik beteiligen? Dann schreibt uns bei Instagram, Facebook oder unserer Homepage.

Solidarität mit dem Generalstreik der indischen Gewerkschaften!

Zuerst veröffentlicht am 26. November 2020 unter:
<https://arbeiterinnenmacht.de/2020/11/26/solidaritaet-mit-dem-generalstreik-der-indischen-gewerkschaften/>

Martin Suchanek

Seit dem Morgen des 26. November erfasst ein weiterer Generalstreik Indien. Die Gewerkschaften rechnen mit bis zu 250 Millionen TeilnehmerInnen. Begleitet wird die Arbeitsniederlegung außerdem von Massenaktionen von Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen gegen neue drakonische Gesetze, die Farm Laws, die die Arbeit auf dem Land (de)regulieren sollen.

Zur Vorbereitung und Durchführung des Generalstreik haben sich zahlreiche landesweite Verbände und regionale Organisationen in der Joint Platform of Central Trade Unions (CTUs; Vereinigte Plattform der Gewerkschaftszentralen) zusammengeschlossen.

Diese besteht aus folgenden Verbänden Indian National Trade Union Congress (INTUC), All India Trade Union Congress (AITUC), Hind Mazdoor Sabha (HMS), Centre of Indian Trade Unions (CITU), All India United Trade Union Centre (AIUTUC), Trade Union Coordination Centre (TUCC), Self-Employed Women's Association (SEWA), All India Central Council of Trade Unions (AICCTU), Labour Progressive Federation (LPF) und United Trade Union Congress (UTUC). Politisch repräsentieren sie das volle Spektrum von der bürgerlich-nationalistischen Kongresspartei nahestehenden Verbänden über die den kommunistischen Parteien verbundenen bis hin zu unabhängigen, teilweise radikaleren klassenkämpferischen Organisationen. Wenig überraschend fehlt mit Bharatiya Mazdoor Sangh (BMS), der „gewerkschaftliche“ Arm der

regierenden, hinduchauvinistischen Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei; BJP), die sich faktisch wieder einmal als gelber Verband von StreikbrecherInnen betätigt.

Historischer Angriff

Der Generalstreik am 26. November richtete sich – wie schon jene der letzten Jahre, die mehr als 100 Millionen Lohnabhängige mobilisieren konnten – gegen einen fundamentalen Angriff durch die KapitalistInnenklasse und die Modi-Regierung. Die Regierung brachte seit 2019 vier neue Arbeitsgesetze in die Lok Sabha (Parlament) ein, die 44 bisher gültige ersetzen sollen. Im Grunde sollen damit die Überreste der Beziehungen zwischen Kapital und Lohnarbeit, wie sie nach der Unabhängigkeit Indiens etabliert wurden, endgültig beiseitegeschoben werden. Dieser Prozess begann zwar mit der neoliberalen Wende der Kongress-Partei und der Öffnung der indischen Wirtschaft nach 1980, beschleunigte sich jedoch seit dem Ausbruch der globalen Krise 2007 und der Regierungsübernahme der hindu-chauvinistischen Bharatiya Janata Party (BJP) 2014. Das ist auch der Grund, warum sich entscheidende Fraktionen des Großkapitals vom Kongress, der traditionellen Partei der indischen Bourgeoisie, abwandten und, ähnlich den imperialistischen Großunternehmen, in der BJP die verlässliche Sachwalterin ihrer Interessen sehen.

Die Ideologie des Hindutva, nach der Indien ausschließlich den Hindus gehöre und in der religiöse Minderheiten wie Muslime, Indigene, die „unteren“ Kasten, Frauen und sexuelle Minderheiten BürgerInnen zweiter Klasse sein sollen, bildet den Kitt, um große Teile der Mittelschichten, des KleinbürgerInnentums und rückständige ArbeiterInnen vor den Karren des Kapitals zu spannen. Die „größte Demokratie der Welt“ bildet die Fassade für die zunehmend autoritäre, bonapartistische Herrschaftsform des Regimes Modi, das sich dabei auf extrem reaktionäre und auf faschistische Massenorganisationen stützen kann. In den letzten Jahren forcierte sie die Angriffe auf demokratische Rechte und ging brutal gegen Proteste vor, die sich gegen die nationalistische „Reform“ der Melde- und Staatsbürgerschaft richteten. Vielerorts, wie in Delhi

provozierten Parteiführer der BJP Pogrome gegen Muslime und Protestierende. Indien annektierte Kaschmir und beendete dessen formal autonomen Status endgültig. Die „Reform“ der Arbeitsgesetze stellt ein, wenn nicht das klassenpolitische Kernstück der Politik der Modi-Regierung dar. Hier nur einige zentrale Aspekte:

- Das neue Arbeitsgesetz erlaubt die fristlose Entlassung ohne weitere Angabe von Gründen und ohne Zustimmung der Behörden von bis zu 300 Beschäftigten. Bisher war diese Zahl auf 100 ArbeiterInnen festgelegt. Dies schafft wichtige Beschränkungen der Unternehmenswillkür in Klein- und Mittelbetrieben ab, die in den letzten Jahren ebenfalls zunahm.
- Das Fabrikgesetz von 1948 galt bislang für alle Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, sofern sie mit Elektrizität versorgt wurden, und für alle mit mehr als 20, die diese nicht haben. Jetzt werden diese Zahlen verdoppelt, auf 20 bzw. 40 Beschäftigte.
- Diese Methode durchzieht zahlreiche andere Bestimmungen der neuen Arbeitsgesetze. Die Mindestzahl an regulär Beschäftigten, ab denen sie überhaupt erst gelten, wurde deutlich erhöht, oft auf das Doppelte oder Dreifache der ursprünglichen Zahl. Dies betrifft insbesondere Mindeststandards für Arbeitssicherheit.
- Erhöht wurde außerdem die Quote für LeiharbeiterInnen unter den Beschäftigten.

All diese Maßnahmen zielen auf die Ausweitung der UnternehmerInnenfreiheit. Die weitgehende Entrechtung, die schon heute die Lage eines großen Teils der indischen ArbeiterInnenklasse prägt, der in verschiedene Formen der Kontraktarbeit (wie Tagelöhnerei, Leiharbeit, prekäre Beschäftigung, ...) gezwungen wird, soll weiter ausgedehnt werden. Auch bisher „regulär“ Beschäftigte sollen von ihr

erfasst werden.

Zugleich werfen diese Maßnahmen auch ein bezeichnendes Licht auf das Geschäftsmodell des indischen Kapitalismus. Die vom Weltmarkt und den internationalen Finanzmärkten abhängige halbkoloniale Ökonomie kann die Profitabilität der wachsenden kleineren Kapitale nur sichern, wenn diese weiter die Arbeitskräfte extrem ausbeuten, also unter ihren Reproduktionskosten kaufen und verwerten können. Ansonsten sind sie nicht in der Lage, sich auf dem Markt zu halten, die Vorgaben von Konkurrenzbedingungen, die das multinationale Großkapital aus den imperialistischen Ländern diktiert, zu erfüllen. Zugleich begünstigt diese Form der Überausbeutung auch die indischen Großkonzerne, die ihrerseits um größere Anteile am Weltmarkt ringen.

Diese Ausweitung selbst erschwert schon die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Organisation massiv, die durch neue legale Einschränkungen zusätzlich eingeschränkt werden sollen.

Ergänzt werden die Angriffe auf die Arbeitsgesetze auch durch drastische Verschlechterungen für die Landbevölkerung, also für die ärmsten Schichten der Bauern und Bäuerinnen sowie für LandarbeiterInnen. Das ist auch der Grund, warum das All India Kisan Sangharsh Coordination Committee (AIKSCC) den Generalstreik unterstützt und mit Aktionstagen am 26. und 27. November verbindet.

Über die Forderung nach Abschaffung der gesamten reaktionären Reformen des Arbeitsgesetzes hinaus verlangen die Gewerkschaften außerdem eine monatliche staatliche Unterstützung von 7.500 Rupien (rund 85 Euro) für alle Familien, die keine Einkommenssteuer zahlen müssen, sowie 10 Kilogramm kostenloser Lebensmittel für alle Bedürftigen. Diese und ähnliche Forderungen verdeutlichen, dass die Corona-Pandemie und die kapitalistische Krise Millionen ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in Not und Elend stürzen, sie gegen Armut, Hunger und Tod ankämpfen müssen.

Internationale Solidarität und Perspektive

Der Generalstreik der indischen Gewerkschaften erfordert unsere Solidarität
- und zwar weltweit.

Zugleich macht er aber - gerade vor dem Hintergrund etlicher Massenstreiks der letzten Jahre - deutlich, dass die ArbeiterInnenbewegung und alle Bewegungen von Unterdrückten gegen das Hindutva-Regime eine Strategie brauchen, die über beeindruckende, aber auch nur auf einen Tag beschränkte Aktionen hinausgeht. Die Regierung Modi wird sich davon nicht stoppen lassen. Das haben die letzten Jahre gezeigt. Wie die letzten Monate verdeutlicht haben, wird sie auch die Pandemie und die Krise zu nutzen versuchen, weitere Angriffe durchzuziehen.

Es geht daher darum, dem permanenten Angriff einen permanenten Widerstandskampf entgegenzusetzen - auf den eintägigen Generalstreik einen unbefristeten gegen die Arbeitsgesetze und für ein Mindesteinkommen und Mindestlohn für alle in Stadt und Land vorzubereiten und durchzuführen.

Die Koordinierung der Gewerkschaften und BäuerInnenorganisationen muss sich einer solchen Aufgabe stellen und zur Bildung von Aktionskomitees in den Betrieben, den Stadtteilen, in den Gemeinden und auf dem Land aufrufen, also Kampforgane bilden, die alle Schichten der Lohnabhängigen und der Klein- und MittelbäuerInnen einschließen, unabhängig von Religion, Nationalität, Kaste, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Angesichts der staatlichen Repression und der reaktionären hinduchauvinistischen Verbände müsste ein solcher Streik auch Selbstverteidigungsstrukturen aufbauen.

Ein politischer Generalstreik, der das Land dauerhaft lahmlegt, würde unwillkürlich die Machtfrage aufwerfen - und somit auch die Möglichkeit und die Notwendigkeit, vom Abwehrkampf zur Offensive überzugehen. Diese erfordert freilich mehr als nur gewerkschaftlichen Widerstand. Sie erfordert die Verbindung dieses Kampfes mit dem gegen alle Formen der

Unterdrückung, die Verbindung des Kampfes gegen die BJP-Regierung mit dem gegen den Kapitalismus, den Aufbau einer revolutionären politischen Partei der ArbeiterInnenklasse, die sich auf ein Programm von Übergangsforderungen stützt und die für eine ArbeiterInnen- und BäuerInnenregierung kämpft, die eine Räteherrschaft errichtet, das Großkapital enteignet und eine demokratische Planwirtschaft einführt.

Zur Zeit existiert keine politische Kraft in Indien, die ein solches Programm vertritt. Die verschiedenen kommunistischen Parteien haben sich vom revolutionären Sturz des Kapitalismus faktisch schon lange verabschiedet, die radikale Linke ist zersplittert und oft desorientiert. Die politische Krise zu überwinden, erfordert daher nicht nur die Unterstützung der Mobilisierungen der ArbeiterInnenklasse und sozialen Bewegungen. Alle, die nach einer sozialistischen und internationalistischen Antwort suchen, stehen auch vor der Aufgabe, in Diskussion um die programmatischen Grundlagen einer revolutionären Partei zu treten und deren Aufbau in Angriff zu nehmen.